

1. Das Deutsche Atomforum begrüßt die **Ankündigung von Bundesumweltminister Norbert Röttgen, die Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben nach fast 10-jähriger Unterbrechung wieder aufnehmen und ergebnisoffen fortführen** zu wollen. Entsprechend der Vereinbarung vom Juni 2001 zwischen den Energieversorgungsunternehmen und der damaligen Bundesregierung hätte das Moratorium eigentlich bereits mit Abarbeitung der sog. "Zweifelsfragen" Ende 2005 aufgehoben werden müssen. Daher erwarten wir jetzt, dass die Erkundung zügig zu Ende gebracht wird, um schnellstmöglich Klarheit über die Eignung oder Nichteignung des Standortes zu erlangen. (http://www.kernenergie.de/kernenergie/Presse/Pressemitteilungen/items/2010-03-15_Aufhebung_Gorleben-Moratorium.php - Berlin 15.03.2010)

2. Bundesumweltminister Röttgen erhält im Fall Gorleben einerseits Kritik dafür, dass er auch alternative Standorte für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle nicht ausschließt. Zugleich wird in seinem Haus erwogen, den gesetzlich verankerten Einfluss des Bundesamtes für Strahlenschutz zu beschneiden. Nach Presseinformationen wird im Bundesumweltministerium erwogen, dem **Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und seinem "atomkraftkritischen" Präsidenten Wolfram König** die Zuständigkeit für Gorleben als mögliches atomares Endlager zu entziehen. (FTD, Südd.Ztg. 17.03.2010)

3. **Gewerkschaften und Bürgerinitiativen demonstrieren in Salzgitter gegen die Umlagerung der radioaktiven Abfälle aus dem Lager Asse in das Endlager Schacht Konrad.** Umweltschützer und die Stadt Salzgitter, auf deren Gebiet Schacht Konrad liegt, lehnen dies strikt ab. (FAZ 15.03.2010). Für das evt. Ausräumen der Asse **spekuliert das Unternehmen Eckert & Ziegler auf ein Umsatzpotential von mind. 30 – 50 Mill.€** jährlich über einen Zeitraum **von bis zu 8 Jahren.** (Focus Money, 10/2010, S. 24)

4. In ihrem Energiekonzept, das bis zum Herbst vorliegt und die Grundlage für die weitere Atompolitik bilden soll, geht die **Bundesregierung von einer Verlängerung der AKW-Laufzeiten von bis zu 20 Jahren** aus. Jetzt will die Politik in Deutschland durch viele Gutachten klären, ob unsere Kernkraftwerke 5, 10, 15 oder 20 Jahre länger in Betrieb sein dürfen. Darauf haben sich Kanzleramtsminister Pofalla, Wirtschaftsminister Brüderle und Umweltminister Röttgen geeinigt. Die Sicherheit der Kernkraftwerke wird national und international ständig durch Fachleute überprüft. (taz, FAZ 19.03.2010)

5. **Sarkozy baut international auf Atomstrom** Sarkozy hat die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung aufgefordert, Projekte für neue Kernkraftwerke finanziell zu unterstützen. Frankreich will ein internationales Kerntechnik-Institut gründen, das in Saclay bei Paris und in Cadarache im Südosten Frankreichs angesiedelt werden soll. Kerntechnik muss auch in Ländern außerhalb der OECD entwickelt werden. An diesem Institut sollen sich Ingenieure aus Ländern, die über kein Atom-Know-How verfügen in Kerntechnik ausbilden lassen. (Handelsbl. 09.03.2010)

6. **Japan plant bis zum Jahr 2030 insgesamt 14 neue Kernkraftwerke** zu errichten, um den großen Strombedarf des hochentwickelten Industrielandes umweltfreundlich zu decken. Japan hätte dann Strom aus mehr als 60 Kernkraftwerken. (FAZ, 22.03.2010).

7. Das **Flugzeug ist** statistisch gesehen, das **sicherste Verkehrsmittel, dank der Redundanz**, d. h. alle zum Fliegen wichtige Systeme, Computer und Geräte sind im Flugzeug doppelt und dreifach vorhanden, auch wenn davon nur ein einziges davon die Maschine sicher steuern könnte. Fällt ein System aus, ist immer mindestens ein Ersatzsystem vorhanden, das vollkommen unabhängig arbeitet. Doch auch wenn alles einwandfrei arbeitet, dient die Redundanz dazu, dass sich die mehrfach vorhandenen Systeme gegenseitig kontrollieren. (Prospekt Air Berlin Mz/Apr.2010, S.51). Diese Redundanz ist auch bei den Kernkraftwerken vorhanden. **Wer sich vertrauensvoll ins Flugzeug setzt, der sollte also auch für Kernkraft sein.**

8. **NRW startet ein richtungsweisendes Modellprojekt zum Einsatz von Elektroautos.** In den Städten entlang der Autobahn A 40 sollen **bis Mitte 2011 150 Wagen mit Elektroantrieb** rollen, die von Renault und RWE zur Verfügung gestellt werden. Zum Start können die Modelle nach RWE-Angaben bis zu 160 km weit mit einer Batterieladung fahren. Das Bundesverkehrsministerium unterstützt des Projekt mit 7 Mill. €, die Teil eines **Förderprogramms** sind, für das das Ministerium **bundesweit 115 Mill. €** bereitstellt. In einem anderen Projekt in Köln sollen Transporter wie Müllwagen oder Postautos versuchsweise auf Elektroantrieb umgestellt werden. (Ruhrnachrichten 10.03.2010)

9. Die **Landeshauptstadt Stuttgart erhält für ihren Fuhrpark 25 Elektroroller** eines Schweizer Herstellers **von der EnBW.** Die Übergabe erfolgt im Rahmen des Forschungsprojektes "Modellregion Elektromobilität Region Stuttgart", das vom Bundesverkehrsministerium gefördert wird. (EnBW Info 12.03.2009)

10. In den **USA , China und Frankreich gibt es 5000 bis 6000 € Förderung je Elektroauto, in Deutschland nur 45 €.** VW will in China spätestens 2013 mit einem Elektroauto in Serie gehen, Daimler will dazu in China mit dem Batterie- und Autohersteller BYD zusammenarbeiten. (VDI-Nachr. 19.03.2010)

Diebe stahlen 280 m Erdungskabel aus Kupfer von 3 Windkraftanlagen des Windparks Meerhof bei Marsberg.
Die Diebe hatten die Vorhängeschlösser der Eingangstüren ausgehebelt und benutzten die Fahrstühle bis 30 bzw. 55 m Höhe. (Westf.Rundschau 04.03.2010)